

Der Blatt monatlich bei zweimaliger Auslieferung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ansehl. Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im am 1. d. Monats vor dem untere Ausgabezeitung eingetragen für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückzahlungen nur mit der Quellenangabe. Einzel-Verkauf 1 Pf. Fern. der Schlichtung Nr. 1150. der Anzeigen-Abtg. Nr. 1142 u. 7011, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

# Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 6-spaltige 24 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 30 Pf. und Restlinien die 21 mm breite Mittelzeile 20 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sind die einzigen zu billiger Ausführung: 6 1/2 ct. Zeichen täglich 2 mal, Sonntags und Feiertage 1 mal. Schlichtung und Haupt-Geschäftsstellen: Halle, Deutscher Anzeiger, 17. Döberl-Platz, Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 31 und Markt 24. Telefon-Nr. Leipzig Nr. 4008.

## Das neue Auslieferungsverlangen.

Paris, 31. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus dem Haag verlautet, wollte der niederländische Justizminister am Dienstag zum zweiten Male beim Kaiser in Amstern gen.

Die „Information“ meldet aus Paris: Die Pariser Konferenz beschloß, die Antinotnote an Holland am Sonnabend fertigstellen und der holländischen Regierung zu übermitteln. Es wird versichert, daß die sehr kategorisch gehaltene Note die Auslieferung des Kaisers in einer bestimmten Frist verlangen, damit das im Friedensvertrage vorgesehene Strafverfahren gegen die Kriegsschuldigen nicht mehr weiter verzögert werde. Dem „Daily Telegraph“ zufolge wird der Verleugner in der Frage der Auslieferung so lange dauern, bis Holland gezwungen sein werde, mit einer kategorischen unabweislichen Weigerung zu antworten.

## Weitere „Erwägungen“ der Entente-Häupter.

Brüssel, 31. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Wie aus London: Wie von unserem Bericht verlautet, sehen die Alliierten die Antwort der niederländischen Regierung auf das Erlauchen um Auslieferung des vormaligen Kaisers als ungenügend an. Die Frage wird inzwischen durch die Häupter der alliierten Regierungen, denen es vollkommen erst damit ist, den vormaligen Kaiser in die Hände zu bekommen und obzuarbeiten, weiter erwogen. Da die Antwort der Niederlande die Auslieferung hauptsächlich aus rechtlichen Gründen abgewiesen hat und die moralische Seite des Verfahrens gegen den Kaiser unberührt gelassen ist, wird die nächste Note der Alliierten wahrscheinlich die moralische Seite hervorheben.

## Die deutsche Einheitspost.

München, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie München, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie München, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie München, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.)

## Geschäftsträger Moyer wieder in Berlin.

Berlin, 31. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „B. Z.“ hört, traf heute unser Geschäftsträger in Paris, Herr Moyer, wieder in Berlin ein. Seine Anwesenheit hier gilt der Erledigung privater Angelegenheiten. Dr. Moyer hat sofort nach seiner Ernennung seinen Pariser Kollegen angekündigt, um sein Sozialdemokratisches Überzeugen zu können und hat insbesondere seine Privatangelegenheiten erledigt. Dagegen hat er sein Verbleiben nach dem französischen Ministerpräsidenten Mitterand überredet und ist nun für einige Zeit nach Berlin zurückgekehrt, um seine endgültige Übersiedlung nach Paris durchzuführen.

## Proteststreik gegen die Polen.

Brüssel, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „B. Z.“ hört, hat die polnische Regierung am 30. d. M. einen Proteststreik gegen die Polen ausgerufen. Die polnische Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnarbeiter in Dirschau gestern abend 7 Uhr in einen 24stündigen Proteststreik. Infolgedessen konnte der D-Tag, der Danzig abends 9 Uhr 20 in Richtung Berlin verläßt, nicht abgefertigt werden. Ebenso wurde der D-Tag 4, Königsberg-Berlin, der abends 7 Uhr 25 von Königsberg abfahren sollte, dort zurückgehalten.

## Vertrauensvotum für das neue französische Kabinett.

Paris, 31. Januar. Die Kammer verhandelte die Interpellationen über die allgemeine Politik der Regierung und über die Zusammenkunft des Ministers Jean-Baptiste Mitterand. Ministerpräsident Mitterand erklärte, die Kammer müsse wissen, ob sie Vertrauen zu der Regierung habe, deren Präsident er sei. Die Streifenlösungen, die vom ehemaligen Kabinett eingeleitet worden seien, würden nicht erhalten. Man werde ihm vor, die Minister nicht nach der Bedeutung der einzelnen Gruppen angewiesen zu haben. Er habe absichtlich keine Rücksicht auf die Gruppen genommen und er habe unverzüglich die Kammer anzufragen, ob sie ihm ein Verbleiben im Kabinett wünsche. Der Mißbrauch von Interventionen bedente eine Gefahr. Er habe der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung, um ihr alle Aufklärungen zu geben. Die Regierung werde sich, wie die finanzielle und wirtschaftliche Wiederanbahnung des Landes betrafte, mit Frankreichs Alliierten in Verbindung setzen. Mitterand sprach sich dann über die Weltwirtschaft des Kapitels und der Arbeit aus und schloß mit einem warmen Appell an die Einigkeit aller Franzosen. Diese Politik habe an

in Maß-Beibringen in die Praxis umzusetzen, und er sei der Überzeugung, daß sie für ganz Frankreich an sei. Die Tagesordnung des Tages, welche erklärt, die Kammer nehme Kenntnis von der Erklärung der Regierung, sie habe Vertrauen zu ihr, daß sie in der Einigkeit aller Republikaner das vom Ministerpräsidenten entworfene Programm ausführt, wurde mit 510 Stimmen gegen 70 angenommen.

## Regime der Befehle Oberbefehlshaber.

Berlin, 31. Jan. In der heute beginnenden Befehls-Regierung wird dem „Volks-Anz.“ aus Opatowitz berichtet: Wie Nachrichten über ein weiteres Hinusschieben der Befehls-Regierung sind, nach Frankfurt und ein kleiner Teil Italiener werden sich an der Befehls-Regierung beteiligen. Der „B. Z.“ meldet man aus Breslau, das Gerücht von dem Hinusschieben der Befehls-Regierung (das aber irrig ist) wird zurückgeführt auf Anzeichen eines nahe bevorstehenden Umsturzes in der französischen Politik betreffend die oberste Befehls-Regierung.

## Die französische Befehls-Regierung für Oberbefehlshaber.

Breslau, 31. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Auf dem Bahnhof Götlich haben heute die Durchtransporte der französischen Befehls-Regierung eingeleitet. Im Bahnhofschleife ist eine französische Eisenbahnkommission, bestehend aus mehreren Offizieren, tätig, welche die Durchtransporte leitet. Nachdem bereits in der Nacht zahlreiche französische Offiziere auf dem Wege nach Oberbeselien den Götlicher Bahnhof passierten, traf heute der erste französische Truppentransport von 400 Infanteristen auf dem Bahnhof ein. Für die nächsten Tage wird weitere französische Truppentransporte in Götlich angefordert.

## Aber Ludendorffs Leistungen.

Königsberg, 31. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) General Bunt, der Chef des Generalstabes der französischen Armee, läßt ein Buch über die Leistungen des Generals Ludendorff im Arztee ergehen. Das Buch gelangte gestern in Paris zur Ausgabe.

## Eine Entente-Kommission in Königsberg.

Königsberg, 31. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern traf die Entente-Kommission, 28 Offiziere und 24 Mann, unter Führung eines englischen Obersten hier ein. Verschiedene Hotelbesitzer verweigerten die Aufnahme der Kommissionsmitglieder, jedoch eine Zwangs-Inspektion verweigert wurde. Es kam bereits zu einem Zwischenfall. Ein Garnisonstelegraphist geriet mit mehreren englischen Soldaten der Kommission in Streit. Er erhielt einige Respektschläge. Die Täter flüchteten.

## Das tschechische Wehrgesetz.

Berlin, 31. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Das neue Wehrgesetz, das die Regierung der tschechoslowakischen Republik der Nationalversammlung unterbreitet, geht als erstes Wehrgesetz in Europa auch eine Wehrpflicht des weiblichen Geschlechts vor. Nach 53 des Wehrgesetzes sollen in Zeiten der Mobilisierung und des Krieges alle Frauen und Mädchen im Alter von 17 bis 30 Jahren verpflichtet sein, ihre Arbeit in den Dienst des Staates zu stellen.

## Keine schweizerische Exportbank.

Zürich, 31. Januar. Die schweizerische Devisen-Agenzien meldet: Die vom schweizerischen Volkswirtschafts-Departement eingeleitete Exportbankmission zur Prüfung der Finanzierung einer Exportbank kam mangels positiver Unterlagen betreffend die Einziehung des Aktienkapitals zu dem Schluss, von der Gründung einer Exportbank abzusehen. Die schweizerische Gewerkschaft für Warenverkehr soll dagegen weiter angedenken werden, bis eine höhere Basis für die Exportbank vorhanden ist.

## Frankreich will der Platz die Elektrizität sperren.

Wie der „A. W.“ aus Brüssel berichtet, gedenkt die Regierung die Leitung der Ueberlandzentrale Wetzlar von französischer Seite die Mittelstation erhalten, daß vom 1. Februar ab vom Sommer Wert an die Mittelstation Dreieck außerhalb des Grenzgebietes in elektrischer Strom mehr geliefert werde. Wenn diese Maßregel zur Durchführung kommen sollte und es nicht gelingt, die Stromerzeugung zu erhöhen, so bedeutet das für das wirtschaftliche Leben der Platz die Verdrängung.

## Eine polnische Division zu den Bolschewisten überlaufen.

Rotterdam, 31. Jan. Drei Telegramme melden die „Times“ aus Warschau, daß die von in Ostpreußen lebenden tschechischen Truppen hier in einer Interventionen Lage befinden, da das ganze Land bolschewistisch ist. Die polnische Division in Ostpreußen von 2000 Mann hat gemeldet. Die Divisionen wurden erzwungen und die Russen sind gegen sie in die Bolschewisten über. Die Bolschewisten sind auch in Ostpreußen in die Hände gefallen.

## Die Valutanote.

Der letzte und steinste Wert der deutschen Mark hat die Schicksalsgebengheit der Finanz- und Wirtschaftsbeförden immerhin aus der Ruhe gebracht. In Deutschland beriet die ständige Valutakommission über die Möglichkeit einer gewissen staatlichen Konferenz, und selbst das mehr oder weniger in Mittelschicht gegebene Ansehen beschäftigt sich lebhafter als bisher mit diesem Rettungsversuch. Irrend wirksame Maßregeln sind freilich bis jetzt nicht aufzude gefunden, nicht einmal ausföhrliche Rat schläge. Noch immer stehen die Sachverständigen der Welt vor der Selbstwertung wie vor einem durch Wissenschaftler nicht angelegenen Naturereignis.

In der Tat hat diese Bewegung etwas Naturhaftes. Es ist möglich, daß rein förmliche Vorgänge, besonders in Zürich, das Spiel und der Mangel an ausreichenden Zahlungsmitteln den Abszurs beschleunigt haben. Im Ganzen aber vollzog sich doch die Entwidlung der Unentrichtbarkeit eines elementaren Vorgangs. Der Krieg hat die Welt arm an Gütern gemacht, aber reich an rechnungsmäßigen Finanzprüchen, an bloßem Vermögen, und überall wirkte das trübselige Verbrechen, die tatsächliche Armut nicht anzuerkennen, vielmehr ihre Erscheinungen hinter immer neuem Scheinreichum, immer schneller Steigerung der Gehälter, Löhne, Gewinnaufteile, Geschäftserträge zu verbergen. Daß man damit nur die Zahlen vergrößert, ohne den wirklichen Besitz irgendeines hinzuzufügen, ist längst auch dem langsamsten Begriffsvermögen klar geworden. Aber was hilft solche Erkenntnis den Einzelnen oder selbst der einzelnen Berufsgruppe? Wer in Gefahr gerät, im Vergleiche zu den anderen benachteiligt zu werden, dem bleibt nichts anderes übrig, als an der Schraube weitersudrehen. Die Folge ist die „Aufblähung“ der Wirtschaft mit Scheinkapital und mit den Erzeugnissen der Vorkapital- deren Ueberfülle Begleiterscheinung, nicht Ursache der „Aufblähung“ ist. Wie die Dinge liegen, haben die Zweifel im Wesentlichen Recht, die abschließend erklären: kein Beschäftigt und keine finanztechnische Maßregel können die Valuta der währungsstarken Staaten retten, wenn sich die wirtschaftliche Leistung nicht hebt. Man müsse mehr hervorbringen, soviel wie möglich ausführen, so wenig wie möglich einführen, dann werde sich die günstige Wirkung auf den Wertstand des Geldes aus dem selbst einstellen. Wohl richtig. Aber da für Deutschland die Möglichkeit ertragsreicher Arbeit von der Einfuhr von Rohstoffen abhängt, muß trotz allem der Versuch gemacht werden, die an sich natürliche Nebenfolge umzukehren und erst die Dehnung der Valuta (durch Auslandskredite), dann die Steigerung der Wirtschaftleistung zu versuchen.

Denn daß die letzte deutsche Valuta kein getrenntes Abbild des tatsächlichen Vermögens und Einkommens ist, geht aus dem immer breiteren Abstand zwischen innerer und äußerer Kaufkraft unseres Geldes hervor. Dieser Unterschied ist nicht, wie oft behauptet wird, gleich 1 zu 2. Nach dem bis jetzt festgestellten Abstand (eine Geldmark = 25 Papiermark) folgten Auslandswaren, die selbst in Gold gerechnet, mindestens doppelt so teuer geworden sind wie vor dem Krieg, rechnungsmäßig das Fünftel des alten Wertes. In Deutschland selbst sind die Kosten der Lebenshaltung, in Papier berechnet, vierfach auf das Sechsfache gestiegen. Das Verhältnis zwischen innerer und äußerer Kaufkraft ist demnach nicht gleich zwei zu eins, sondern viert zu eins. Eine derartige Wohlfeilheit der deutschen Waren und Arbeit bereichert natürlich, solange der „Ausverkauf“ an den fremden Käufer, ruiniert aber den fremden Erzeuger. Sie läßt Deutschland gegen die Einfuhr aus. Diese Erwägung und die Beforgnis um den ebenfalls weichen Wert ihres Geldes läßt die Wirtschaftsmächte, besonders die europlischen, auf die Möglichkeit einer gemeinsamen Abhilfe fassen. Die Hälfte der weisbärtigen Menschheit hat heute fast verloren, ein großer Teil der übrigen (Frankreich, Belgien, Italien) hat einverleitetes Geld. Das ist auf die Dauer untragbar, selbst für die währungs- und wirtschaftsstarke Länder. Sie müssen nach unmittelbarer wirkenden Hilfsmitteln suchen, und die Anfänge dazu (70 Millionen Dollar-Anleihe an Deutschland, holländische, wahrscheinlich auch dänische und schwedische Kredite für Deutschland) sind auch schon gemacht.

## Die soziale Umwälzung Italiens.

(Von unserem Korrespondenten.)

Rom, 31. Januar.

Die Italiener haben sich von jeher dadurch ausgezeichnet, daß sie sich mehr um fremde Angelegenheiten kümmern, als um die eigenen. Während dieser letzten Zeit aber haben sie genug mit sich selbst zu tun gehabt, und was sie selbst und

